



Haushalts- und Finanzausschuss

87. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

26. August 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 11:32 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Anpassung der Alimentation kinderreicher Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14100	
Stellungnahme 17/4085	
Stellungnahme 17/4107	
Stellungnahme 17/4109	
Stellungnahme 17/4110	
Stellungnahme 17/4111	
Stellungnahme 17/4113	
Stellungnahme 17/4114	

¹ vertraulicher Teil mit TOP 12 siehe vAPr 17/43

Stellungnahme 17/4122

Stellungnahme 17/4124

Stellungnahme 17/4125

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

2 Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungs-offensive

15

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/13777

– abschließende Beratung (Votum an ASB)

– Wortbeiträge

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Mitberatung ohne Abgabe eines Votums zu beenden.

3 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2021 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise

16

Vorlage 17/5536

Vorlage 17/5537

Vorlage 17/5538

Vorlage 17/5539

Vorlage 17/5540

Vorlage 17/5528

– Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD zu Vorlage 17/5537 (s. *Anlage 1*)

In Verbindung mit:

Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung „Fonds Frühe Hilfe“ im Rahmen des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022

Vorlage 17/5412

Drucksache 17/14349

Vorlage 17/5536 **17**

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5536 zu.

Vorlage 17/5537 in Verbindung mit Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD zu Vorlage 17/5537 (s. Anlage 1) **17**

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Stimmenhaltung der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5537 zu.

Vorlage 17/5538 **22**

– keine Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5538 zu.

Vorlage 17/5539 **22**

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5539 zu.

Vorlage 17/5540 **23**

– keine Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5540 zu.

Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung „Fonds Frühe Hilfe“ im Rahmen des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022

Vorlage 17/5412

Drucksache 17/14349

– Wortbeitrag

Der Ausschuss hat sich mit der Vorlage befasst.

4 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Einrichtung einer „Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland“ (KFid) 25

Vorlage 17/5424 (Vorlage gemäß § 10 Abs. 4 LHO)
Drucksache 17/14406

– Wortbeitrag

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwendungen erhoben werden.

5 Länderöffnungsklausel für eine zukunftsfähige Grundsteuer in NRW nutzen – Bodenwertmodell jetzt umsetzen **26**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10625

Ausschussprotokoll 17/1213 (Auswertung der Schriftlichen Anhörung)

Stellungnahme	17/3111
Stellungnahme	17/3245
Stellungnahme	17/3246
Stellungnahme	17/3249
Stellungnahme	17/3252
Stellungnahme	17/3253
Stellungnahme	17/3254
Stellungnahme	17/3255
Stellungnahme	17/3285

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Grünen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

6 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

7 Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomaten-sprengungen – Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität entschiedener bekämpfen! 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12766 (Neudruck)

Stellungnahme 17/4071
Stellungnahme 17/4087
Stellungnahme 17/4092

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IA)

– Wortbeitrag

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

8 Privatisierung WestSpiel (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5523 (Neudruck)

– Wortbeiträge

9 Was kosten die Steuersenkungspläne der Landesregierung für Unternehmen das Land NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5526

– Wortbeiträge

10 Haushälterische Auswirkungen der beschlossenen Fluthilfe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 35

In Verbindung mit:

Sachstand der abgerufenen Mittel der Hochwasser-Soforthilfen und finanzielle Auswirkungen des nationalen Hochwasser-Wiederaufbau-fonds für NRW (Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5524
Vorlage 17/5525

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

11	Verschiedenes	41
	a) Haushaltsklausur	41
	b) Nachtragshaushaltsgesetz	41
	c) Nachtrag zur HFA-Sitzung vom 24. Juni 2021 zum Thema „Gender Budgeting“	41

* * *

6 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14306 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal, den Innenausschuss und den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 30. Juni 2021)

Vorsitzender Martin Börschel leitet ein, da es mitberatende Ausschüsse gebe, sollte in der heutigen Sitzung zunächst festgestellt werden, ob es Wünsche bezüglich des Verfahrens gebe.

Stefan Zimkeit (SPD) beantragt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

Vorsitzender Martin Börschel stellt Einvernehmen im Ausschuss fest, dass bis Ende nächster Woche die Sachverständigen benannt würden.

